

Bitte diese Broschüre lesen, diskutieren,
bestellen, weiterverteilen und handeln!

Preise bei Vorkasse inklusiv Porto:

Einzel exemplar: 1,- Euro

8 Exemplare: 5,- Euro

20 Exemplare: 10,- Euro

50 Exemplare: 20,- Euro

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie
will durch aktives, Streitbares und couragiertes
Engagement Grundrechte und Demokratie in
der Bundesrepublik Deutschland verteidigen.

Die Bundeswehr greift in Deutschland an

Eine Information für Bürger und Bürgerinnen

Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.
Aquinostr. 7-11- 50670 Köln
Telefon: 0221 / 97269 -30 - Fax: 0221 / 97269 -31
info@grundrechtekomitee.de

Spendenkonto: Konto-Nr. 8 024 618
Volksbank Odenwald - BLZ 508 635 13
Spenden sind steuerlich absetzbar.

www.grundrechtekomitee.de

■ Komitee für
Grundrechte und
Demokratie e.V.



■ Komitee für
Grundrechte und
Demokratie e.V.

„Nein, schläft nicht, während die Ordner der Welt
geschäftig sind!“
(Günter Eich)

Bundeswehr-Krieg nicht nur in Afgha- nistan, auch Offensive an der Heimat- front

Seit 2001 kämpft die Bundeswehr in Afghanistan. Angeblich, um die Sicherheit und Freiheit Deutschlands am Hindukusch zu verteidigen. Anfangs hieß der Einsatz – in der Orwell’schen Sprache herrschender Politik – „Aufbaueinsatz“. Inzwischen wird der Krieg auch Krieg genannt. Die völkerrechtliche Bewertung als „nicht internationaler bewaffneter Konflikt“ soll die Soldaten vor dem Zugriff des normalen Strafrechts schützen. Die Bundeswehr beteiligt sich jetzt an der offensiven Aufstandsbekämpfung. Am 4.9.2009 hatte Oberst Klein einen Bombenangriff befohlen, bei dem über 90 Menschen, vor allem Zivilisten, getötet wurden. Die Generalbundesanwaltschaft hat das Ermittlungsverfahren gegen den Oberst eingestellt. Die Begründung, er habe subjektiv kein Kriegsverbrechen begehen wollen, signalisiert einen Freibrief für künftige Kriegsverbrechen. Gleichzeitig kommen mehr Särge mit deutschen Soldaten aus Afghanistan zurück. Ende 2009 wurde in Berlin am „Verteidigungs“ministerium ein zentrales Kriegerdenkmal – eine Ehrenhalle für die Gefallenen – eingeweiht. Es ist Krieg – Entrüstet Euch! – so das Motto der Friedensdekade 2010.

IMPRESSUM

Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.

Aquinostr. 7-11, 50670 Köln
Tel.: 0221-97269-30 Fax: -31
info@grundrechtekomitee.de
www.grundrechtekomitee.de

Text: Martin Singe

Redaktion: Andreas Buro, Stephan Nagel, Wolf-Dieter Narr,
Volker Nimrich, Elke Steven, Dirk Vogelskamp

Titelfoto: M. Singe, Ehrenmal der Bundeswehr in Berlin

Presserechtlich verantwortlich: Martin Singe, Bonn

Druck: hbo-Druck, Einhausen
Auflage: Juni 2010, 10.000 Exemplare
ISBN: 978-3-88906-134-8

Kriegseinsätze stoßen auf Ablehnung

Angesichts des Krieges geraten die Bundeswehr und die sie bestimmende Politik immer stärker in Rechtfertigungsnotwendigkeiten. Denn die Mehrheit der Bevölkerung – etwa Zweidrittel – will diesen Krieg nicht. Der allgemeinen Kriegsunwilligkeit stellen sich Bundesregierung und Bundeswehr mit Propagandainitiativen im öffentlichen Raum entgegen. Militär- und Waffenschauen, öffentliche Gelöbnisse und Zapfenstriche sollen Akzeptanz schaffen. 2009 fanden über 180 öffentliche Gelöbnisse und 12 große Zapfenstriche statt. 1.346 mal trat das Bundeswehr-Musikkorps auf. 98 andere militärische Zeremonien wurden inszeniert.

Zugleich sind nicht mehr genug Berufs- und längerdienende Soldaten zu rekrutieren. Die Bundeswehr sucht diese Lücken mit Werbeoffensiven zu füllen. Dabei geraten die Einrichtungen ins Visier, an denen Jugendliche lernen, ausgebildet werden und eine berufliche Perspektive suchen. Werbeauftritte der Bundeswehr auf Festen, bei Messen, in Schulen, Betrieben und Arbeitsagenturen sind an der Tagesordnung und werden durch offizielle Kooperationsabkommen institutionalisiert.

Kampf um die „Herzen und Köpfe“

Wir sprechen von einem „Angriff der Bundeswehr in Deutschland“ und meinen damit eine Militarisierung nach Innen mit unterschiedlichen Dimensionen von psycholo-

gischer Kriegsführung bis zur inneren Militarisierung. Der „Kampf um die Herzen und Köpfe“ an der Heimatfront kann sich kriegsentscheidend auswirken – das hat die in Vietnam gescheiterte „Hearts and Minds Campaign“ in den USA bewiesen. Wir sprechen im Folgenden einige gesellschaftliche Bereiche an, in denen die Öffentlichkeits-Offensive des Militärs Raum gegriffen hat, stellen Hintergründe dar und wollen ermuntern, sich zu widersetzen, Alternativen in die gesellschaftliche Debatte zu bringen und friedenspolitisch aktiv zu werden!

I. Der Angriff der Bundeswehr auf die Schulen

Kameraden im Klassenzimmer

„Sehr geehrte Damen und Herren, die Jugendoffiziere Freiburg starten in das neue Schuljahr und möchten Ihnen wieder unser lehrplanabgestimmtes Programm anbieten ... Wir, das Team der Jugendoffiziere Freiburg, haben beide teilgenommen am Auslandseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan und können somit aus ‚erster Hand‘ über friedenssichernde Maßnahmen und Konfliktbewältigung im Ausland berichten. Wir freuen uns auf Ihre Einladung, Ihre Jugendoffiziere in Freiburg ...“ Dieser Brief ging am 23.11.2009 an die Fachschaften Geschichte, Gemeinschaftskunde, Religion und Ethik der Freiburger Schulen.

Jugendoffiziere: seit der Wiederbewaffnung im Propaganda-Dienst

Die Institution „Jugendoffizier“ wurde als Propagandainstrument bereits 1958 eingeführt, um den Widerstand breiter Kreise der Bevölkerung gegen Wiederbewaffnung und Remilitarisierung zu brechen. Die rund 100 hauptamtlichen Jugendoffiziere werden nach einem Hochschulstudium insbesondere in Rhetorik, Sicherheitspolitik und Jugendsoziologie geschult. Die konkrete Einsatzvorbereitung geschieht heute in der „Akademie für Information und Kommunikation“ der Bundeswehr (AIK) in Strausberg bei Berlin, der Nachfolgeeinrichtung der früher in Waldbröl (NRW) angesiedelten „Schule für Psychologische Kampfführung/Verteidigung“. Jährlich erreichen die Jugendoffiziere in über 8.000 Veranstaltungen rund 200.000 Teilnehmende. Über 175.000 davon sind Jugendliche. Dazu zählen auch „Besuche bei der Truppe“, Seminafahrten und Großveranstaltungen, z.B. Stände auf Messen oder Waffenschauen wie „Unser Heer“. Inzwischen werden Jugendoffiziere auch offiziell in der Lehrerausbildung tätig. In einigen Bundesländern sind sie in den Instituten für Lehrerweiterbildung als Dozenten aufgeführt.

Schulterschluss zwischen Bundeswehr und Kultusministerien

Mittlerweile geht die Bundeswehr dazu über, die Kooperation mit Schulen durch offizielle Kooperationsvereinbarungen mit den Kultusministerien zu verrechtlichen. In fünf Bundesländern sind bereits Verträge unterzeichnet worden. Im Wortlaut der meisten Verträge heißt es: „Jugendoffiziere informieren im schulischen Kontext Schülerinnen und Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen und/oder notwendigen Instrumente der Politik. Dabei werden Informationen zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung *genauso wie Informationen zu nationalen Interessen* (Hv. v. Verf.) einzubeziehen sein.“ Die SchülerInnen sollen lernen, wie auch im Weißbuch der Bundeswehr nachzulesen, dass Deutschland seine weltweiten (Rohstoff-) Interessen notfalls auch militärisch durchsetzen bzw. absichern müsse. Im Jahr 2009 wurden in den Schulen 115.000 Jugendliche von Jugendoffizieren und 281.000 von Wehrdienstberatern erreicht. Ausdrücklich wird in den Verträgen „die Möglichkeit der Einbindung der Jugendoffiziere in die Aus- und Fortbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie von Lehrkräften“ festgelegt. Während im Jahr 2003 nur 50 Referendare Ausbildungsangebote der Bundeswehr nutzten, waren es 2009 bereits 1.073. Fortbildungen beim Militär haben 3.266 Lehrer besucht (Zahlen aus Bundestags-Drucksache 17/1315).

Zwar stellt sich die Bundeswehr formal hinter den „Beutelsbacher Konsens“ von 1976, dem gemäß einseitige Einflussnahme im Schulunterricht untersagt ist. Praktisch werden jedoch mit den Kooperationsvereinbarungen Tür und Tor geöffnet für eine systematische Einflussnahme des Militärs in der Schule.

Kostenlose Unterrichtsmaterialien „Frieden & Sicherheit“

Eine obskure „Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e.V.“ verbreitet kostenlose Materialien „Frieden & Sicherheit“ für den Schulunterricht. Fachlich beraten wird diese AG laut Impressum vom „Bundesministerium der Verteidigung“. Der Verlag ist hauptsächlich Eigentum der FDP. Als weiterer Partner wird u.a. die Bertelsmann-Stiftung genannt. Finanzier ist die Bundesregierung: 330.000 Euro kostete 2008/09 die Erstellung neuer Schüler-/Lehrer-Hefte. 2007 wurden 325.000 Schüler- und 16.000 Lehrerhefte angefordert. Auf den ersten Blick kommen die Materialien problemorientiert offen daher, bei genauerem Blick fällt die einseitige Einflussnahme auf. So verweisen diverse Links auf regierungsamtliche Einrichtungen wie das „Verteidigungsministerium“ und die Bundeswehr. Links zu den Seiten der Friedensbewegung sucht man vergeblich. Der Zivildienst wird zwar thematisiert, aber das Thema Kriegsdienstverweigerung ausgeblendet.

Am Schießsimulator lernen?

Alt und jung sollen auch spielerisch lernen. Für die Älteren gibt es das Simulationsspiel POL&IS (Politik und internationale Sicherheit), ein Rollenspiel, in dem es um Globalisierung und Ressourcenverteilung geht. Es wird unter Anleitung eines Jugendoffiziers gespielt und läuft so auf militärische Interventionen als naheliegende Konfliktlösung hinaus. Ein Pädagoge resümiert nach dem Spiel „Dass gerade friedensbewegte Schüler ausgerüstet hätten, sei ein ‚Element der Orientierung‘ an der Realität.“ Ein Jugendoffizier: „Es gibt immer welche, die vorletzte Woche noch bei der Hand-in-Hand-Lichterkette mitgemacht haben und jetzt Krieg führen wollen.“ (zit. nach: M. Schulze von Glaßer, Die Eroberung der Schulen. IMI-Studie Nr. 2/2010, 18.1.2010, S. 10) – Für die Jüngeren gibt es Kasernenbesuche und Zielübungen in Schießsimulatoren. Ein Soldat prahlte vor Achtklässlern aus Ostholstein, das computeranimierte Schießkino sei „tausend Mal besser als die Spielkonsole zu Hause“ (Süddeutsche Zeitung, 26.3.2010). Bei Kasernenbesuchen und Waffenschauen wird bei der Technikbegeisterung der Jugendlichen gezielt angesetzt und diese schamlos ausgenutzt. Auch das Auswärtige Amt wird schon bei den Kleinen aktiv und wirbt mit dem Internetportal www.kinder.diplo.de. Hier fliegt die Friedenstaube statt mit einem Ölzweig ausgestattet mit einem Soldatenhelm durchs Bild (blau, damit UN-Legitimation unterstellt wird). Von „Soldaten für den Frieden“ ist die Rede, und man erfährt, dass „Deutschland hin und

wieder Friedenstruppen in andere Länder“ „schickt“.

II. Bundeswehr-Präsenz in Medien und Arbeitsämtern, Internet-Auftritte und Werbe-Events für Jugendliche

Werbung für Studium, Karriere und Ausbildung

In den Medien für Schülerinnen und Schüler ist die Bundeswehr zunehmend präsent. Redakteure von Schülerzeitungen werden zu Jugendpressekonferenzen eingeladen, z.B. auf den Fliegerhorst eines Jagdbombergeschwaders in Nörvenich oder zu einer Marinetechnikschule an der Ostsee. In den Schülerzeitungen geraten die Berichte darüber zur Bundeswehr-Werbung aus Schülerhand. Im Jahr 2008 platzierte die Bundeswehr in über 170 Schülerzeitungen Werbe-Anzeigen, u.a. mit Werbung für ein kostenloses Abo ihrer Jugendzeitschrift „infopost“. Auch in den Abiturientenzeitschriften „Unicum“, dem Handelsblatt-Magazin „Junge Karriere“ und in den ZVS-Infos wirbt die Bundeswehr um die jungen Menschen, die Ausbildungs- oder Studienplätze suchen. Eine zentrale Internet-Seite findet sich unter „treff-bundeswehr.de“: „Unsere Community richtet sich an junge Menschen zwischen 14 und 21 Jahren, die ein allgemeines Interesse an der Bundeswehr haben oder eine Karriere bei uns anstreben.“ Generell ist von „Deiner Bundeswehr“ die Rede, und der User wird

selbstverständlich mit „Du“ angesprochen. Auf ältere Jugendliche ist die Seite „bundeswehr-karriere.de“ zugeschnitten. Hier wird offensiv für den „Arbeitgeber Bundeswehr“ geworben: überall blinkt dem Lesenden „Studium ohne Gebühren“ oder „Studieren und verdienen“ entgegen.

„KarriereTreff Bundeswehr“ und „Olympix“

Ein Truck mit einem rollenden Informationszentrum auf einem zivil blau lackierten Mercedes-Sattelschlepper fährt seit 2006 durch die Republik – mit dem Motto: „Sichern Sie sich einen der 20.000 Arbeitsplätze“. Ein Kino-Truck ist meistens mit dabei. Die Jugendlichen dürfen auf einem „Motorrad der Feldjäger“ Platz nehmen. Waffen wie Panzer, Hubschrauber und Raketen werden ausgestellt. Das Konzept ist darauf ausgerichtet, vor allem technik- und sportbegeisterte Jugendliche anzusprechen und zu werben. Allein im Jahr 2010 sind für den „KarriereTreff Bw“ Ausgaben in Höhe von 1.400.000 Euro eingeplant.

So gehört auch die „Bundeswehr-Olympix“ für 1.200 Jugendliche alle zwei Jahre zum Programm. U.a. zeigen Marinetaucher und Kampfschwimmer ihre „Künste“. Gewinnen können die Teilnehmenden z.B. eine Reise mit der Luftwaffe nach Sardinien, um an der Übung „Überleben auf See“ teilzunehmen.

Hier spielt die Musik

Der Militärmusikdienst und die Jugendmarketing-Abteilung der Bundeswehr bieten neuerdings das „BW-Musix“ an. Ob das Niveau von DSDS überboten wird, kann hier nicht beurteilt werden. Immerhin gibt es Preise bis zu 9.000,- Euro. In der Pressemitteilung heißt es: „Wir wollen unaufdringlich mitteilen, dass die Bundeswehr berufliche Möglichkeiten in vielen Bereichen bietet – vor allem auch im Militärmusikdienst der Bundeswehr.“ Die Bundeswehr-BigBand gibt es schon seit 1971 – in Bonn seinerzeit vorgestellt als „neue musikalische Geheimwaffe“ (Website). Wenn sie unterwegs ist, sind meistens „Info-Truck“, „Karriere-Truck“ und die Wehrdienstberater mit dabei.

Werbung auf Messen, „Infotruck“ und „Infomobil“

Die Bundeswehr war 2008 auf insgesamt 41 Fachmessen präsent. Im Zentrum der Nachwuchswerbung stehen die Jobmessen für AbiturientInnen und junge Berufssuchende. Das „Zentrale Messe- und Eventmarketing der Bundeswehr (ZeMEMBw)“ rechnet für 2010 mit Ausgaben von 730.000,- Euro, die Zentren für Nachwuchsgewinnung (ZNwG) mit 640.000,- Euro (BT-Drs. 17/715). Die Kostensteigerungen werden u.a. auch mit „einem erhöhten Bedarf an Bewachungsdienstleistungen zum Schutz des Personals und Materials gegen bundeswehrkritische AktivistInnen“ begründet.

„infopost“ und Jugendzeitschriften: „Wir sind Nachwuchswerber“

Die Zeitschrift „infopost“ der Bundeswehr mit einer Auflage von rund 250.000 Exemplaren hat 14-20-jährige Jugendliche im Visier. Der leitende Redakteur drückt das Interesse deutlich aus: „Alles was wir tun, gilt dem Ziel, die Anzahl von jungen Leuten, die wir brauchen, an die Bundeswehr mit werblichen Mitteln heranzuführen.“ Dem Vorwurf, die „infopost“ informiere verharmlosend, hält der Chefredakteur entgegen: „Logisch, das ist doch selbstverständlich, die ‚infopost‘ ist eine Kundenzeitschrift. In einer Broschüre von Audi steht auch nicht drin, dass das Auto in zwei Jahren durchrostet. (...) Wir betrachten die Bundeswehr nicht kritisch, sondern sind Nachwuchswerber.“ Entsprechend sind die Artikel auf Wehr-Technik- und Einsatzbegeisterung ausgerichtet. Tote Soldaten oder Kriegs-Opfer kommen nicht vor.

Die Bundeswehr hat die wichtigsten Jugendmedien im Blick: Regelmäßig werden Anzeigen im „SPIESSER“ geschaltet (kostenlose Zeitschrift für 14-22-Jährige, Auflage 1 Mio.). Auch mit „BRAVO“, dem „Marktführer im Jugendmarkt“ (Bauer-Verlag) mit einer Auflage von 470.000, kooperiert die Bundeswehr eng. Über „BRAVO“ können sich Jugendliche für die Bundeswehr-„Adventure Games“ bewerben.

Das Versprechen von sicherem Job und Karriere: Bundeswehr-Kooperation mit den Arbeitsämtern

Anfang 2010 unterzeichneten der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit und der Bundeswehr-Beauftragte für die Personalgewinnung einen Kooperationsvertrag. Inzwischen unterhält die Bundeswehr in 11 Städten in den Arbeitsagenturen feste Büros für „Wehrdienstberatungen“. In 850 Arbeitsagenturen werden regelmäßig Veranstaltungen der Bundeswehr durchgeführt. Arbeitslose treten überdurchschnittlich oft bei der Bundeswehr in Dienst. Die Initiative „JUKAM“ – „Junge Karriere Mitteldeutschland“ arbeitet vor allem für die Gewinnung von Zeitsoldaten, denn „viele junge Menschen werden erstmals im Zusammenhang mit ihrer Arbeitslosigkeit auf den Arbeitgeber Bundeswehr aufmerksam“ – so die ARGE Leipzig in einer Pressemitteilung.

III. Die Bundeswehr auf Akzeptanzsuche im öffentlichen Raum

Der Kampf um die „hearts and minds“

Der Kampf um die „Herzen und Köpfe“ – emotionale und rationale Zustimmung zur Bundeswehr und ihren kriegerischen Einsätzen – ist das zentrale Motiv für die offensive Selbstdarstellung der Bundeswehr im öffentlichen Raum. Hier geht es nicht so sehr um Nachwuchswerbung, son-



dern um „Akzeptanzmanagement“. Öffentliche Auftritte und Rituale sollen der Bevölkerung signalisieren, dass die Bundeswehr ihre Interessen vertrete. Für öffentliche Militär-rituale sollen in 2010 rund 500.000,- Euro ausgegeben werden. Vor allem Rituale wie Zapfenstriche und Gelöbnisse sprechen Gefühlsebenen an und sind auf emotionale Zustimmung ausgerichtet. Diese Herrschafts-Rituale sollen Identitätstiftung nach Innen bewirken und gleichzeitig das staatliche Gewaltpotential nach außen profilieren. Pseudo-religiöse Zeremonien und Überhöhungen – wie das Abspielen des Chorals „Ich bete an die Macht der Liebe ...“ beim Großen Zapfenstreich mit bewaffneten Truppen – sind nicht nur eine Beleidigung religiöser Gefühle von Christen, indem die vom Evangelium gebotene Gewaltlosigkeit verhöhnt wird. Solche Rituale versuchen vor allem, die Gefühlsebenen anzusprechen, um den Verstand ruhig zu stellen. Der Staat stellt sich als sinnstiftende Größe dar, für die zu kämpfen und zu sterben sich lohne. Die Verabschiedung von Truppen ins Ausland wird in zeremonielle Programme gebettet, z.B. die Entsendung der Quick-Response-Force aus Augustdorf (bei Detmold) im Sommer 2008: Ein Blasorchester umrahmt das Aussendungsritual mit Marschmusik. Die Truppen marschieren feierlich ins Stadion ein: geführt von Wimpel- und Fahnenträgern und umringt von ausgestellten Panzerfahrzeugen und gehissten Fahnen. Der per Hubschrauber einfliegende Verteidigungsminister spricht feierliche Worte in Sachen Verantwortung für den Frieden: Deutsche Sicherheit werde am Hindukusch verteidigt. Alles in allem eine pseudoreligiös

inszenierte Aussendungsfeier: „Gehet hin in alle Welt ...“ – Die religiöse Feier folgt, wenn Särge zurückkommen. Aus der Predigt des Militärgeneralvikars W. Wakenhut bei der Trauerfeier für die Gefallenen am 24. April 2010 in Ingolstadt: „Diese haben für andere Verantwortung übernommen – und damit ein Zeichen gesetzt (...) Dieser Einsatz für eine einzige Menschenfamilie ist lohnend. (...) Am Ende des Matthäusevangeliums sagt er (Jesus) zu seinen Jüngern: Darum geht zu allen Völkern, und macht sie zu meinen Jüngern (...)“

Totenrituale: Das Ehrenmal, Trauerzeremonien und Kranzniederlegungen

Im April 2010 kamen kurz hintereinander erst drei, dann vier Soldaten der Bundeswehr im Gefecht um ihr Leben. Statt Entsetzen über die Sinnlosigkeit dieses Todes oder zumindest einfach nur Trauer und Mitgefühl mit den Angehörigen auszudrücken, wird der Tod der Soldaten manipulativ ausgebeutet und instrumentalisiert. In ihren Reden beschwören die politisch Verantwortlichen einen übergeordneten Sinn des Todes. Ein Sinn dieses Sterbens wird herbeigeredet, indem vor allem Durchhalte- und Weitermach-Parolen ausgegeben werden. „Wenn wir weiterkämpfen, war ihr Tod nicht umsonst“, wird den Hinterbliebenen, der Bevölkerung und den Soldaten suggeriert. Die im „friendly fire“ gleichzeitig erschossenen sechs Soldaten der afghanischen Armee finden während der Trauer-

feier keine Erwähnung. Erschossene oder verstümmelte „Feinde“ oder Zivilisten sind erst recht kein Thema.

Das neue Ehrenmal für die Gefallenen: „Für Frieden, Recht und Freiheit“

Das Ende 2009 eingeweihte Ehrenmal für gefallene Soldaten, aufgestellt in einer menschenleeren Gegend Berlins am Bendlerblock, integriert in das „Verteidigungsministerium“, soll dazu dienen, dem Soldatentod eine besondere Sinnhaftigkeit zu verleihen. Unterstellt wird, sie seien gefallen für „Ehre und Vaterland“. Besucher der kalt und nüchtern ausgestatteten Ehrenhalle erhalten die Broschüre „Das Ehrenmal der Bundeswehr“. Manche Ausführungen muten zynisch an. Z.B. heißt es zum „Bronzekleid“, das die Halle umgibt: „Bronze ist das ‚gebrochene Gold‘, gewissermaßen die Annäherung oder Vorstufe zu Gold, der höchstwertigen Farbe in der Farbsymbolik. (...) In die Bronzehülle sind halbovale Formen gestanzt (...) Die halbovalen Öffnungen zitieren die Form der Erkennungsmarke, einer Blechmarke, die jeder Soldat im Dienst trägt. Jede Erkennungsmarke enthält eine andere Codierung mit wichtigen persönlichen Daten und verweist damit auf die Individualität und Einzigartigkeit jedes Menschen – auch wenn er Uniform trägt. Zugleich steht die halbe Erkennungsmarke für den getöteten Soldaten (...) Die halbovale Form wird damit zu einem metaphorischen Ausdruck für den Tod und steht allumfassend für Soldaten und Nicht-

soldaten.“ Sollen die ungezählten ausgestanzten Erkennungsmarken auf neue Kriege mit Tausenden von Toten einstimmen, wenn zu Guttenberg auf der letzten Trauerfeier ausspricht, dass wir uns an Tod und Sterben von Soldaten – „nicht nur in Afghanistan“ – wieder gewöhnen müssten?

„... zum Himmel geöffnet“

Weiterhin hebt die Broschüre hervor, dass die Anordnung der Bronze-Ausstanzungen am Morsealphabet orientiert ist und somit den Gelöbnistext der Soldaten zitiert. Es folgt die Beschreibung der Cella und die Erklärung der Widmung des Ehrenmals: „Durch das Oberlicht (in der Cella) wird der strenge Raum zum Himmel geöffnet: ein zeitloses Symbol für das Überschreiten der erfahrbaren Grenzen und der sinnlich erkennbaren Welt. (...) Beim Verlassen der Cella geht der Besucher auf eine goldschimmernde Wand zu. Ihr strahlender Glanz steht in deutlichem Gegensatz zur dunkel gehaltenen Cella. Gold ist in allen Kulturen ein zeitloses Sinnbild des Übernatürlichen und Ewigen und der damit verbundenen Hoffnungen. (...) In der goldenen Wand ist in erhabenen Buchstaben die Widmung zu lesen: ‚DEN TOTEN UNSERER BUNDESWEHR FÜR FRIEDEN RECHT UND FREIHEIT‘.“ (aus: BMVg, Hg., Das Ehrenmal der Bundeswehr, Berlin, November 2009)

Legitimationsideologien – die „humanitäre Intervention“

Inhaltlich versucht die Bundeswehr seit den Balkankriegen in den 90er Jahren, allen Kampfeinsätzen eine humanitäre Note zu verleihen. In Fällen schwerer Menschenrechtsverletzungen werden Militär-Interventionen als einzige und alternativlose Lösung vorgestellt. Oft müssen konstruierte Gräueltaten für die Rechtfertigung von Kriegseinsätzen herhalten. Im Fall des Irak 2003 wurden Massenvernichtungswaffen erfunden und ein präventives Losschlagen als einzige Möglichkeit „der Weltgemeinschaft“ angepriesen. Auch wenn Deutschland 2003 beim Irak-Krieg nicht direkt beteiligt war, hat es diesen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg unterstützt (u.a. Überflugrechte, Bewachung von US-Kasernen, AWACS-Aufklärungsflüge).

Krieg wird in den Legitimationsideologien immer verharmlosend dargestellt, als bedeute er die Anwendung von Nothilferecht. Als könnte punktgenau beim Gegner „das Böse“ ausgeschaltet werden: mit „chirurgischen Luftschlägen“ vor allem. Opfer dieser „Operationen“ werden als „Kollateralschäden“ verharmlost oder verschwiegen. Die „UNO“ – fest in der Hand der tonangebenden Weltmächte – produziert die gewünschten Mandate, die nicht von der UNO umgesetzt werden, sondern zu 100% in die Hände des Auftragnehmers NATO übergehen. Die NATO macht aus den Mandaten, was sie will, oder integriert z.B. Schritt für Schritt das ISAF-Mandat (Internationales

tional Security Assistance Force) der UNO in den nicht legitimierten OEF-Krieg (Operation Enduring Freedom). Es ist also falsch, jedes UN-Mandat als tragenden Legitimationsgrund für kriegerische Maßnahmen anzuerkennen.

Der Soldat der Zukunft

Einerseits wird der Soldat in der Werbung der Bundeswehr nach wie vor als Aufbau- bzw. Katastrophenhelfer, als Staatsbürger oder gar „Weltbürger in Uniform“ dargestellt und ein kriegsfernes Berufsbild suggeriert. Andererseits können die wirklichen Anforderungen nicht völlig verborgen werden. Vor allem in Militärzeitungen, die über künftige Strategien, Wehrtechnik-Entwicklungen und Ausrüstungsanforderungen berichten, wird das konkrete Bild des Soldaten als Kämpfer dargestellt. Hiervon soll ein bestimmter Typus von Mann (vor allem) besonders angezogen werden. Die geheim operierende Elitetruppe Kommando Spezialkräfte (KSK; seit 2002 in Afghanistan im Einsatz) setzt auf solche Bewerber. Da ist von Brunnenbohren keine Rede mehr. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung warnte z.B. schon am 2.2.2008 in einem Kommentar „Feigheit vor dem Bürger“ davor, zu sehr auf humanes Gesäusel zu setzen: „So zu tun, als seien Auslandseinsätze nur eine militärisch aufgezogene Entwicklungshilfe, ist Feigheit vor dem Bürger und schafft Illusionen, die unter den Angriffen unserer Feinde und im Streit unter den Ver-

bündeten schnell zusammenbrechen.“ Wolfgang Ischinger, Chef der „Münchener Sicherheitskonferenz“, spricht am 4.1.2010 Klartext: „Soldaten werden dazu ausgebildet, Andere notfalls umzubringen – oder zumindest so zu bedrohen, dass diese es als glaubwürdig betrachten, umgebracht zu werden, wenn sie nicht das tun, was man von ihnen erwartet. Das ist der Zweck. Wenn man das nicht braucht, dann kann man das Technische Hilfswerk und die Polizei schicken.“ Und Ex-Bundespräsident Horst Köhler verstand es, in den richtigen Kreisen deutlich zu werden – so beim 50-jährigen Bestehen der Führungsakademie der Bundeswehr: „Gewiss, im Zentrum bleibt immer die Fähigkeit, das Feuer an den Feind zu bringen (...)“ Das Zitat von Köhler ist dem Rüstungsmagazin: „CPM/Communication Presse Marketing: Wirksamkeit im Einsatz“, einer Hochglanzbroschüre der Rüstungsindustrie, entnommen. Hier wird der Infanterist der Zukunft vorgestellt: „Die Wirkung gegen Ziele am Boden ist die Kernaufgabe des Infanteristen. (...) Rheinmetall Defence (RDE) hat den Auftrag zur Entwicklung der Ausstattung Infanterist der Zukunft – Erweitertes System (IdZ-ES) ...“ Der damalige Heeres-Inspekteur H.-O. Budde hatte schon 2004 festgestellt, dass der „Staatsbürger in Uniform“ ausgedient habe und man für die Zukunft „den archaischen Kämpfer und den, der High-Tech-Krieg führen kann“, brauche.

IV. Hintergrund: Die aktuellen Militärstrategien

NATO, EU, BRD: Weltweit militärisch interventionsfähig

Als „Soldaten der Zukunft“ braucht die Bundeswehr einsatzfähige und kampfbereite Soldaten, um alle Elemente der neuen Militärstrategien umzusetzen. Diese neuen Strategien sind auf nationaler Ebene (Weißbuch 2006), auf EU-Ebene (Europäische Sicherheitsstrategie) und auf NATO-Ebene formuliert. Wir verweisen auf unsere nach wie vor aktuelle BürgerInnen-Information von Februar 2009, zum NATO-Gipfel von Strasbourg verfasst: „60 Jahre NATO, 60 Jahre Friedlosigkeit – Weiter so?“ Im November 2010 soll in Portugal eine überarbeitete Strategie verkündet werden. Die NATO will sich als globale militärische Interessenvertretung definieren und unterminiert dabei tendenziell die UNO. Die USA setzt ihre Interessen notfalls im Alleingang, lieber in Koalitionen von Willigen, noch besser im Rahmen der NATO um, wenn möglich mit Legitimationsmantel durch die UNO, im „Blockadefall“ auch ohne. Die Aufstellung der NATO-Response Force (NRF) sowie die Aufstellung von EU-Battle-Groups sollen weltweite Interventionen auf mehreren Konfliktfeldern gleichzeitig ermöglichen. Die neuen Eingreiftruppen sind einerseits kompatibel aufeinander abgestimmt, andererseits will die EU auch eigene Optio-

nen umsetzen können. Rechtlich hat das Bundesverfassungsgericht alle grundgesetzlichen Einschränkungen (Bundeswehr nur zur Verteidigung: Art. 87a GG) aufgehoben. Das geschah zuletzt durch das „Tornado-Urteil“ (9.3.2007) in Sachen Afghanistan, das der Bundesregierung praktisch einen Freibrief für weltweites militärisches Handeln ausgestellt hat: Solange die NATO die Sicherheit des euro-atlantischen Raumes als Zielperspektive habe, dürfe sie diese auch weltweit „verteidigen“.

Welt-Probleme werden durch die militärisch getönte Interessenbrille gesehen

Die aktuellen „Risiken“ werden in allen Militär-Strategien ähnlich dargestellt: Terrorismus, Weiterverbreitung von Atomwaffen, zerfallende Staaten, Unterbrechung von Rohstoffzufuhren oder -transportwegen, Flüchtlingsströme. Es geht um wirtschaftliche und geostrategische Interessen und um die Aufrechterhaltung eines Rahmens von „Sicherheit und Ordnung“ für deren Durchsetzung. Die Interessen und Bedürfnisse aller Bürgerinnen und Bürger der Erde im Sinne von Gerechtigkeit, Menschenrechten und Demokratie werden nicht einmal in den Blick genommen. Statt das Hungerproblem der Welt strukturell anzugehen, suchen die westlich-reichen Staaten ihre Rohstoffinteressen abzusichern und dazu weltweit strategische Stützpunkte und willige Regime einzurichten. Alle wesentlichen globalen Problemfelder werden in militärischer

Logik interpretiert. Wenn zivile Lösungs-Ansätze hinzuge-dacht werden, dann nur als Unterordnung unter die mili-tärischen Optionen, also als sogenannte zivil-militärische Zusammenarbeit. Dies aber hat nichts mit den friedenspo-litischen Forderungen nach ziviler Konfliktbearbeitung gemein.

Die zivil-militärische Zusammenarbeit und der Einsatz der Bundeswehr im Inneren

Die Ausweitung der zivil-militärischen Zusammenarbeit bei der Bundeswehr und in der NATO sind Ausdruck der neuen Ideologie, dass innere und äußere Sicherheit nicht mehr zu trennen seien. Damit werden zivile Initiativen und Organisationen verstärkt in militärische Gesamtstra-tegien eingeordnet und für diese genutzt. Eigenständige zivile Konfliktlösungsansätze müssen ständig auf der Hut vor Vereinnahmung für fremde Ziele sein.

Zivil-militärische Zusammenarbeit geschieht nach „Außen“ im Sinne von Kooperationen bei Besatzungsre-gimen wie in Afghanistan. Sie erfolgt auch nach „Innen“. Dazu wurden in letzter Zeit systematisch Strukturen zivil-militärischer Stellen in der Bundesrepublik aufgebaut. In diesen werden die ursprünglich getrennten Institutionen Katastrophenschutz (auf Friedenszeiten bezogen) und Zivilschutz (auf Kriegssituationen bezogen) zusammenge-mengt. So ist die Republik seit 2007 mit einem Netz von

441 zivil-militärischen dezentral angelegten Kreis- und Bezirksverbindungskommandos (KVK, BVK) mit 5.300 Dienstposten überzogen worden. In diesen Kommandos sind generell auch Soldaten tätig. 785 Reservisten der Bun-deswehr und 489 zivile Mitarbeiter der Katastrophenstäbe erhielten bis Juli 2009 gemeinsame Schulungen in der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz.

Verfassungsrechtliche Grauzonen werden geschaffen

Bundeswehrein-sätze im Inneren wurden beim G 8-Gipfel und anderen Großereignissen bereits erprobt. Während die Debatte über eine Grundgesetzänderung für solche Einsätze noch eine Weile dauern wird, werden unablässig Fakten geschaffen. Umfassend informiert hierzu u.a. das Friedensforum 1/2008 mit dem Schwerpunkt: Militarisie-rung der Inneren Sicherheit (s.u. Literatur; Originaldoku-mente unter www.streitkräftebasis.de). Im Ergebnis führt die forcierte Auflösung der praktischen und verfassungs-rechtlichen Trennungen von innerer und äußerer Sicher-heit zu einem Schub neuer Präsenz und Akzeptanz der Bundeswehr im öffentlichen Raum. Das fängt mit Deiche bauen und Schneeschippen an, das ja lt. Westerwelle bald die Hartz-IV-Empfänger übernehmen. So kann sich die Bundeswehr künftig stärker auf Überwachung von Demonstrationen, Übernahme von Polizeiaufgaben bis

hin zur Vorbereitung von Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen konzentrieren. Bekämpfung des „Terrors im Inneren“ ist eine gummiartige Dehnformel. Damit wird versucht, die grundgesetzliche Beschränkung auf Landesverteidigung auszuhebeln. Im Kontext des Luftsicherheitsgesetzes war die Anwendung von Kriegsrecht im Inneren bereits vorgesehen. Man könne dann beim Abschuss von Flugzeugen leichter von Kollateralschäden sprechen, wurde im Innenausschuss argumentiert. Allerdings hat das Bundesverfassungsgericht die Abschuss-Erlaubnis vorerst kassiert.

Weitreichende Folgen hat die Vereinnahmung bislang vom Militär getrennter Bereiche dahingehend, dass z.B. das Außen- und das Entwicklungsministerium zunehmend mit dem Verteidigungsministerium kooperieren müssen und sich deren an „Sicherheitsinteressen“ ausgerichteter Politik unterzuordnen haben.

Auf EU-Ebene wurden die Bereiche Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik bereits so weit vermengt, dass es den Rat der Entwicklungsminister schon gar nicht mehr gibt. Die Generaldirektionen für zivile und militärische Planungen der EU wurden in einer eigens gegründeten Krisenmanagement-Direktion zusammengelegt. Der neue Europäische Auswärtige Dienst (EAD) verstärkt diese Entwicklung.

V. Friedenspolitik statt Aufrüstung: Gegenöffentlichkeit schaffen – Aktionsmöglichkeiten

Zivile Konfliktbearbeitung als Alternative zum militärischen Konfliktaustrag

Unter ziviler Konfliktbearbeitung verstehen wir in der Friedensbewegung etwas anderes als zivil-militärische Zusammenarbeit. Es geht hierbei um eigenständige politische, diplomatische, ökonomische Interessen ausgleichende, auf dauerhafte Kooperationen ausgerichtete Konfliktlösungen. Grenzüberschreitende Basisgruppen und Kontakte sowie eigenständige und selbstbestimmt arbeitende zivile Organisationen spielen dabei eine wichtige Rolle. Zugleich muss von unten Druck auf die offizielle Politik ausgeübt werden, im Sinne von Ziviler Konfliktbearbeitung, Menschenrechten und Demokratisierung tätig zu werden. Bürgerinnen und Bürger wollen mehrheitlich keine Kriegspolitik. Das muss den politischen Eliten eindrücklich vorgeführt werden.

Andreas Buro, friedenspolitischer Sprecher des Komitees, hat in der Dossier-Reihe des Netzwerkes Friedenskooperative zum „Monitoring-Projekt“ mit einer grundlegenden Einführung und den Dossiers I-IV zu Länderbeispielen (Iran; Türkei/Kurdistan; Israel/Palästina; Afghanistan) deutlich gemacht, wie in konkreten Konflikten zivile

Konfliktbearbeitung greifen kann (s.u.: Literatur). Generell geht es darum, das Ausmaß militärischen Konfliktausstrags zurückzudrängen, lokale und regionale Friedenskonferenzen zu installieren, Methoden von Mediation und Vermittlung zu verbreiten, verstärkt internationales Recht durchzusetzen, drohende Konflikte präventiv zu deeskalieren, durch die globalen sozialen Bewegungen eine Kultur des Friedens aufzubauen und die internationale Kriegsdienstverweigerung zu stärken, so dass kriegerische Politik erschwert, zurückgedrängt und vielleicht eines Tages undurchsetzbar wird. Eine große Aufgabe, aber mit vielen Ansatzpunkten, an denen man sofort beginnen kann.

Legitimationsideologien und Feindbildproduktion entlarven

Die Bundeswehr hat ihre Auslandseinsätze vor allem „humanitär“ zu begründen versucht. Brunnen bohren in Somalia hieß die Devise und „Ja, Helfen“ usw. lauteten die Anzeigen in den 1990er Jahren. Die Legitimationsformel der „humanitären Intervention“ musste vor allem während der Konflikte und Kriege auf dem Balkan herhalten. Neuerdings wird auch die UN-Resolution über die Schutzverantwortung der Staaten bei humanitären Katastrophen – Responsibility to Protect (R2P) – zur Rechtfertigung von Militärinterventionen benutzt. Es wird versucht zu suggerieren, dass ausschließlich Menschen schützende Gesichtspunkte für Interventionsentscheidungen ausschlaggebend

sein. Zudem sei der Einsatz militärischer Mittel genau das angemessene Instrumentarium. Solche Legitimationsformeln gilt es zu entlarven. Interventionsleitend sind vor allem nationale bzw. internationale wirtschaftliche oder geostrategische Interessen.

Besonders drastisch formulierte und aufgebauschte Feindbilder sollen die öffentliche Meinung beeinflussen. Es beginnt immer mit einer Schlacht der Lügen. Saddam Hussein und Milosevic mutieren dann zu neuen Adolf Hitlers. Erfundene Morde an Föten erbrachten die UN-Resolution für den 2. Golfkrieg 1991. Scharpings „Hufeisenplan“ legitimierte das kriegerische Vorgehen gegen Serbien; erfundene Massenvernichtungswaffen sollten 2003 die UN für einen erneuten Irak-Krieg präparieren. Dazu kommt in neuerer Zeit – nachdem das Feindbild „Kommunismus“ ausgedient hat – regelmäßig das Feindbild des irrationalen „islamistischen“ Terroristen, mit dem es keinerlei Verhandlungsgrundlage gäbe. Indem diese auch außerhalb der völkerrechtlichen Minimalstandards gestellt werden (irreguläre Kämpfer ohne völkerrechtlichen Kombattanten-Status), gelten sie als vogelfrei: als Gefangene haben sie keinerlei Rechte, als (noch) in „Freiheit“ Lebende sind sie für gezielte Tötungen (targeting killing) frei gegeben. So verbaut man sich auch alle Verhandlungslösungen, wie z.B. gegenwärtig in Afghanistan, wo die USA verhandlungsbereite Taliban ermordet oder gefangen genommen haben. Dies hat der ehemalige UN-Beauftragte Kai Eide beklagt, der Sondierungen in Richtung Ver-

handlungslösung versucht hatte. Feindbilder bedeuten immer Projektionen des „absolut Bösen“ auf den Anderen. Sie verhindern eine konstruktive Konfliktbearbeitung. Ihre Entlarvung gehört zu einer wesentlichen Grundlage und Vorbereitung alternativen Umgangs mit Konflikten.

Aktiv gegen Bundeswehr-Propaganda: z.B. an Schulen und Arbeitsämtern

Die Schulen und alle Orte, an denen Jugendliche berufliche Orientierung suchen, sind ein herausragendes Ziel für Einflussnahme und Rekrutierungsarbeit der Bundeswehr. Inzwischen haben sich viele Initiativen gebildet, die dem entgegenwirken. Zum einen werden Unterrichtsmaterialien erstellt, die zur Gegenaufklärung eingesetzt werden können. Zum anderen gibt es bereits Proteste und Aktionen gegen Propaganda-Auftritte der Armee in Schulen, in Arbeitsämtern, auf öffentlichen Plätzen. Inhaltliche Perspektiven für Gegen-Aufklärung haben wir oben (Zivile Konfliktbearbeitung, Feindbilder entlarven) angesprochen. Das Komitee hat ein eigenes Infoblatt für Jugendliche entwickelt (s.u. Materialien). Die „Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden“ fordern „Friedensbildung statt Wehrkunde“ und die Auflösung der Kooperationsverträge zwischen Bundeswehr und Kultusministerien.

Die Bildungsgewerkschaft GEW hat im März 2010 ein Positionspapier vorgestellt mit dem Titel „Einfluss der Bundeswehr an Schulen zurückdrängen“. Darin wendet

sie sich auch gegen den zunehmenden Einfluss der Bundeswehr auf die Lehrerausbildung. Die GEW sieht eine Gefährdung der Erziehungsziele Demokratisierung, Kritikfähigkeit, Gewaltfreiheit und Toleranz. Sie verlangt ausgewogene Informationen: „Zur Information gehören auch Berichte über traumatisierte Heimkehrer/innen aus Afghanistan und über diejenigen, die in einem Kriegseinsatz getötet werden.“ (www.gew.de)

„Schule ohne Bundeswehr“

In Köln wurde ein Aufruf „Schule ohne Bundeswehr – Die Schule der Nation ist die Schule“ von vielen Prominenten und PädagogInnen unterzeichnet und veröffentlicht. Der Aufruf kann bundesweit unterstützt werden oder natürlich regional nachgeahmt werden (vgl. www.jungegew.de/schule-ohne-bundeswehr). Der Bundeswehrpropaganda sollten „Lösungsansätze einer zivilen Friedenspolitik“ entgegengesetzt werden, und erstrangig seien die den Krisen und Konflikten zugrunde liegenden „globalen Verteilungs- und Armutprobleme zu lösen“. Kontakt: Kölner Initiative Schule ohne Bundeswehr, c/o: Friedensbildungswerk Köln, Obenmarspforten 7-11, 50677 Köln.

Wann kommt die Bundeswehr in meine Stadt?

Über konkrete gelaufene und geplante Aktionen berichten und informieren die Internetseiten von „Bundeswehr weg-

treten!“ (www.bundeswehr-wegtreten.org) und die „initiative kehrt marsch“ (www.kehrt-marsch.de). Auf diesen Seiten finden sich vor allem auch Termine von kommenden Bundeswehr-Werbeauftritten in Schulen, bei Messen, des KarriereTreff-Trucks sowie von öffentlichen Auftritten wie Gelöbnissen, Zapfenstreichen, Waffenschauen usw. Aktionsgruppen können die Termine für ihre Stadt so rechtzeitig in Erfahrung bringen und sich auf gewaltfreie Aktionen und Gegenaufklärung für Jugendliche und Bevölkerung vorbereiten. Eine sehr hilfreiche neue Internet-Seite hat die „Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung“ aus Berlin erstellt: www.bundeswehr-monitoring.de. Hier kann man sich über viele Aspekte und Bereiche der Bundeswehr sowie sicherheitspolitische Ereignisse und Hintergrunddokumente kritisch informieren. Orientierend kann man sich über www.friedenskooperative.de (Bündnis von rund 50 Friedensinitiativen) zurechtfinden.

Ohne Soldaten – kein Krieg: Kriegsdienstverweigerung, Gehorsamsverweigerung und Solidarität mit Deserteuren

Artikel 4, Absatz 3 Grundgesetz garantiert das Recht auf Kriegsdienstverweigerung: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Kriegsdienstverweigerung ist die konsequente Antwort auf Krieg, denn Krieg ist immer ein Verbrechen. Die neuen verfassungs- und völkerrechtswidrigen Kriege der

Bundeswehr machen Kriegsdienstverweigerung (KDV) zum Gebot der Stunde! Die Entscheidung zur KDV kann an unterschiedlichen Motivationslagen von Jugendlichen ansetzen.

„Totalverweigerer“ lehnen auch den Zivildienst ab, da er im Ernstfall in die zivil-militärischen Strukturen eingebunden ist. Es gibt ein breites Netz von Beratungsstellen für Kriegsdienstverweigerer und solche, die es werden wollen. Auch wenn sich die Bundeswehr immer stärker als Berufsarmee organisiert, ist es sinnvoll, mit der KDV dem Militär eine eindeutige Absage zu erteilen, zumal durch die Verkürzung der Wehrpflicht die Zahl der jungen Menschen, die durch die Bundeswehr geschleust werden sollen, wieder zunehmen wird. Informationen erhält man z.B. über die Zentralstelle KDV (www.zentralstelle-kdv.de)

Auch Bundeswehrsoldaten können generell und zu jeder Zeit verweigern. Sie haben außerdem die Möglichkeit, aus Gewissensgründen einem konkreten Befehl gegenüber den Gehorsam zu verweigern. Major Pfaff war wegen seiner Verweigerung der Beihilfe zum Irak-Krieg zunächst degradiert worden, hat dann aber vor dem Bundesverwaltungsgericht Recht bekommen. Das Komitee hat zu diesem wegweisenden Urteil eine BürgerInnen-Information erstellt: „Von der Pflicht zum Frieden und der Freiheit zum Ungehorsam“. Die Bundeswehr ist verpflichtet, einen Soldaten, der sich aus Gewissensgründen weigert, einen Befehl auszuführen oder sich an einem bestimmten Krieg zu beteiligen, eine „gewissensschonende Alternative“

anzubieten, also eine Versetzung vorzunehmen. Er darf im Fall einer partiellen Weigerung weder entlassen noch degradiert werden. Oberstleutnant Rose hat eine Verweigerungserklärung im Kontext des Afghanistan-Kriegs verfasst (vgl. FriedensForum 3/2006, S. 9 – s. www.friedenskooperative.de). Friedensinitiativen können Soldatenauf-rufe zur Verweigerung vor Kasernen verteilen, ein Muster-Aufruf (2008 gerichtet an die Panzerbrigade von August-dorf, die als Quick Reaction Force nach Afghanistan geschickt wurde) ist beim Komitee erhältlich.

In manchen Staaten, mit denen die Bundeswehr gemeinsam Krieg führt, gibt es nur ein eingeschränktes Recht auf KDV, vor allem für Soldaten. Oder es gibt kein Recht, einzelne Befehle oder völkerrechtswidrige Kriege zu verweigern, wenn man einmal Soldat ist. So wurde im März 2010 ein britischer Verweigerer zu einer Haftstrafe von 9 Monaten verurteilt, weil er seine weitere Teilnahme am Afghanistankrieg abgelehnt hatte. Viele US-Deserteure haben sich zu einer Interessengemeinschaft zusammengeslossen. Ein US-Deserteur hat in Deutschland Asyl beantragt. Die Vereinigung „Connection e.V.“ in Frankfurt informiert über internationale KDV-Arbeit und verfolgte Deserteure. Hier kann man sich an Solidaritätsaktionen beteiligen! (www.connection-ev.de)

„Seid unbequem, seid Sand, nicht das Öl im Getriebe der Welt.“

(Günter Eich)

Die aktuelle Einflussnahme der Bundeswehr auf immer mehr Lebensbereiche vor allem Jugendlicher darf nicht unwidersprochen hingenommen werden. Wir haben gute Argumente, den Kriegsbegründungen der Regierung entgegenzutreten. Wir können selbst Alternativen entwickeln und politisch einfordern. Friedenspolitik statt Aufrüstung und Krieg! Jede und Jeder kann jetzt damit anfangen – oder weitermachen!

Adressen und Hinweise zum Weiterlesen und Handeln:

- Komitee für Grundrechte und Demokratie; siehe IMPRESSUM S. 2 bzw. www.grundrechtekomitee.de: u.a. BürgerInnen-Informationen zur NATO und zur Soldaten-Verweigerung (Urteil Major Pfaff), Infoblatt für SchülerInnen; Audioslideshow (DVD) von Timo Vogt mit KriegsdienstverweigererInnen verschiedener Länder: „... aber hat nicht gedient“ - Junge Menschen verweigern den Krieg
- Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn / www.friedenskooperative.de: Zeitschrift FriedensForum 1/2008: Militarisierung der Inneren Sicherheit; 1/2009: No to NATO, No to WAR; 6/2009: Afghanistan:

Die Kriegsdebatte; Dossier-Reihe zur zivilen Konfliktbearbeitung, u.a. zu Afghanistan

- PädagogInnen für den Frieden, Bernhard Nolz, Kölner Str. 11, 57072 Siegen, www.friedenskultur.de

- IMI / Informationsstelle Militarisierung, Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen / www.imi-online.de: Aktuelle Ausgaben „Ausdruck“; Michael Schulze von Glaßer, Die Bundeswehr im Kampf an der Heimatfront. IMI-Studie 1/2009)

- Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer (www.zentralstelle-kdv.de)

- Connection e.V. (int. Arbeit für KDV und Deserteure): www.connection-ev.de

- Initiative „bundeswehr wegtreten“: Aktionsplanungen gegen Rekrutierungen; www.bundeswehr-wegtretten.org

- Bundesweite Terminübersichten zu Bundeswehrwerbung: „initiative kehrt marsch“: www.kehrt-marsch.de

- Arbeitsgemeinschaft Frieden und Sicherheit: www.bundeswehr-monitoring.de

- Alternative Friedensdienste: www.friedensdienst.de

Aktuelle Veröffentlichungen des Grundrechtekomitees:

60 Jahre NATO – 60 Jahre Friedlosigkeit – Weiter so? BürgerInnen-Information, 32 Seiten, Einzelexemplar kostenlos; 10 Ex. = 5,- Euro

Von der Pflicht zum Frieden und der Freiheit zum Ungehorsam - Zum Bundesverwaltungsgerichtsurteil zur Verweigerung von Major Pfaff, BürgerInnen-Information, 28 Seiten, Einzelexemplar kostenlos; 10 Ex. = 5,- Euro

Ferien vom Krieg, Bericht über die Aktion im Sommer 2009 (Jugendbegegnungen auf dem Balkan und zwischen Israelis und Palästinensern); 92 Seiten, 5,- Euro

Geschichten aus der Friedensbewegung. Persönliches und Politisches; hg. von Andreas Buro; 240 Seiten, 10,- Euro

Der Mord in Dessau im Schoß der Polizei – mit gerichtlichen Nachspielen, Zum Tod Oury Jallohs im Polizeigewahrsam; 74 Seiten, 5,- Euro

Haftbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation zur Komitee-Anhörung zu Gefängnispolitik und Knastalltag; 168 Seiten, 8,- Euro